

Melanie Müller

Südafrika in Bewegung Das Massaker von Marikana hat das politische System in Südafrika verändert

Seit dem Massaker von Marikana im August 2012 ist Bewegung in das blockierte politische System von Südafrika gekommen. Selbst das verhältnismäßig gute Abschneiden des *African National Congress* (ANC) bei den Wahlen im Mai kann nicht mehr darüber hinwegtäuschen, dass große Teile der Bevölkerung mit der südafrikanischen Regierungspolitik unzufrieden sind. Die Kritik am ANC ist nicht neu, sondern wird von Teilen der sozialen Bewegungen seit den 1990er Jahren formuliert. Aufgrund der besonderen Regierungskonstellation in Südafrika, bei welcher der Gewerkschaftsverband *Congress of South Africa Trade Unions* (COSATU) einen Teil der Regierung bildet, war das Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften bislang schwierig. Nach ihrem Bruch mit COSATU hat die Metallarbeitergewerkschaft *National Union of Metalworkers of South Africa* (NUMSA) den Aufbau einer sozialistischen Bewegung sowie einer „United Front“ angekündigt und sucht dafür die Nähe zu sozialen Bewegungen.

In diesem Beitrag¹ stelle ich zunächst die Ergebnisse der Wahlen im Mai 2014 dar. Anschließend gehe ich auf die Entwicklung der sozialen Bewegungen in Südafrika seit den 1990er Jahren ein und beschreibe danach das Massaker von Marikana als eine Zäsur für das politische System in Südafrika, welche die Gewerkschaften und die sozialen Bewegungen wieder ein Stück näher zusammengebracht hat. Im Anschluss diskutiere ich die Ankündigung von NUMSA, eine sozialistische Bewegung und eine „United Front“ zu gründen sowie deren Aussichten. Die Ausführungen basieren auf rund 40 Interviews mit Aktivist_innen in Südafrika (im Zeitraum August/September 2012 und März/April 2014 durchgeführt), auf Beobachtungen von Demonstrationen, Treffen und Konferenzen und der Basisarbeit in Organisationen sowie einer umfangreichen Dokumentenauswertung. Ergänzend wurden Forschungsarbeiten zu sozialen Bewegungen in Südafrika herangezogen.

1 Eine kürzere Fassung dieses Beitrags ist in der Reihe „Standpunkte“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung erschienen (Müller 2014).

Kontroverser als sie scheint: Die Wahl im Mai

Nur knapp vier Prozent Verlust bei den diesjährigen Wahlen – der ANC hatte damit selbst kaum noch gerechnet, nachdem im März 2014 die Ergebnisse der *Nkandla-Kommission* veröffentlicht worden waren. Diese untersuchte den Bau des Präsidentensitzes in Nkandla, einer Gemeinde im Osten des Landes, der mit 206 Mio. Rand – derzeit umgerechnet rund 14 Mio. € – der bislang teuerste Präsidentensitz aller Zeiten in Südafrika ist (Nkandla Report 2014). In einem Land, welches mit an der Spitze der Länder mit der höchsten Ungleichheit weltweit steht und in dem die Arbeitslosigkeit laut offiziellen Schätzungen bei 24,1 Prozent², inoffiziellen Schätzungen zufolge bei bis zu 40 Prozent liegt, ist das Verständnis für den Bau eines derart teuren Präsidentschaftssitzes gering. Bei der Beerdigung von Nelson Mandela war Jacob Zuma bereits lautstark ausgebuht worden, und auch andere ANC-Vertreter_innen mussten ähnliche Kritik bei ihren Wahlveranstaltungen hinnehmen. Trotz des in Anbetracht der Umstände guten Ergebnisses für den ANC vermuten viele, dass es die letzte Wahl für Zuma gewesen sein könnte.

Wenig überraschend war der Erfolg der *Economic Freedom Fighters* (EFF), angeführt vom ehemaligen Anführer der ANC *Youth League*, Julius Malema. Die EFF war zum ersten Mal bei südafrikanischen Wahlen angetreten und erhielt auf nationaler Ebene sechs Prozent aller Stimmen, 25 Abgeordnete werden für die Partei ins südafrikanische Parlament einziehen. Die Partei setzt sich für Verstaatlichung und Enteignung ein und hat damit viele Südafrikaner_innen erreicht, die am Rande des Existenzminimums leben, während sich an den Besitzverhältnissen nach Ende der Apartheid wenig verändert hat.³ Etwa 80 Prozent des Besitzes in Südafrika liegt noch immer in den Händen von Weißen, die nur 10 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Mandela versprach 1994 eine Umverteilung von 30 Prozent des Besitzes, bislang sind nur rund 8 Prozent umverteilt worden (Atuahene 2011). Chancen auf eine Massenbewegung werden die EFF nicht haben, zumindest nicht in der jetzigen Konstellation. Viele Südafrikaner_innen empfinden die Schwarz-Weiß-Rhetorik von Julius Malema als einen Rückfall in die Apartheidsrhetorik. Allerdings könnte die Wahl der EFF dafür sorgen, dass die Frage nach der Umverteilung und Renationalisierung im südafrikanischen Parlament wieder stärker thematisiert wird als bisher.

Die Wahl der EFF zeigt, dass der ANC viele Teile seiner Stammwähler_innen verloren hat und das nicht nur an andere Parteien. 13 Mio. Südafrikaner_innen sind überhaupt nicht wählen gegangen (IDEA 2014). Zwar drückt

2 http://beta2.statssa.gov.za/?page_id=737&id=1, letzter Aufruf: 6. 6. 2014.

3 <http://effighters.org.za/>, letzter Aufruf: 6. 6. 2014.

sich in diesen Zahlen noch kein grundlegender Wandel der Machtverhältnisse in Südafrika aus, aber auf anderen Ebenen ist viel in Bewegung geraten. Auffällig ist, dass immer mehr Organisationen zur Nichtwahl aufrufen und auch ehemalige Anti-Apartheidskämpfer_innen offen bekennen, dass sie nicht mehr wählen gehen. Mit der Kampagne „Sidikiwe! Vukani! Vote No!“ hatten in diesem Jahr zwei ehemalige Minister_innen für Aufruhr gesorgt: Ronnie Kasrils, bis 2008 Chef des südafrikanischen Geheimdienstes, und Nozizwe Madlala-Routledge, ehemalige stellvertretende Gesundheitsministerin, hatten die Kampagne kurz vor den Wahlen initiiert. Anders als von vielen zunächst interpretiert, war die Kampagne kein direkter Aufruf zum Wahlboykott, sondern sollte Bürger_innen zur ungültigen Wahl animieren, sollten diese unter den angetretenen Parteien keine finden, die sie unterstützen. Die breite Diskussion über die Kampagne wurden von Kasrils als Erfolg interpretiert:

„Wir haben die Dinge ins Rollen gebracht. Wir haben eine nationale Debatte über blinde Loyalität zu einer bestimmten Partei ausgelöst. Und dabei haben wir Menschen zum Nachdenken und Reden gebracht und wenn es nur das ist, was wir erreicht haben, dann ist das anerkennenswert und etwas, worauf ich stolz bin.“ (Kasrils, zit. nach Forde 2014).

Die kritische Auseinandersetzung mit dem ANC ist allerdings nicht neu, sondern wird in Teilen der sozialen Bewegungen bereits seit Jahren geführt.

Nicht neu: Proteste in Südafrika

Seit knapp zehn Jahren kommt es in Südafrika immer wieder zu massiven Protesten und spontanen Kundgebungen. Insbesondere zu Beginn der 1990er Jahre spalteten sich Teile der ehemaligen Anti-Apartheidsbewegung ab, um neue soziale Bewegungen zu gründen. Zu den Protestbewegungen, die seitdem große Aufmerksamkeit erfahren haben, gehören das *Anti-Privatization-Forum* (gegründet im Jahr 2002; allerdings in der ursprünglichen Form nicht mehr aktiv), das *SOWETO Electricity Crisis Committee*, das sich für die kostenlose Stromversorgung in den Townships von Johannesburg einsetzt, und *Abahlali baseMjondolo*, ein breites Netzwerk von *shack dwellers* – Bewohner_innen von „Shacks“, also Blechhütten oder Bretterbuden in meist informellen städtischen Siedlungen –, das für das Recht auf menschenwürdiges Wohnen sowie weitere soziale Rechte für die Armen und ihre stärkere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben kämpft (Ballard u.a. 2006). In vielen Townships, Dörfern und informellen Unterkünften setzen sich Gruppen mit „Service Delivery Protests“ für eine bessere Grundversorgung ein. Sie fordern das Recht auf Wohnen und

Zugang zu Dienstleistungen wie Wasser, Abwasser und Müllabfuhr, wie sie von der Regierung nach Ende der Apartheid versprochen wurden, und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Über die ökonomischen Bedürfnisse hinaus geht es vielen auch um Teilhabe an der Bürgerschaft (*citizenship*) und die Inklusion ins gesellschaftliche Leben (Alexander 2010). Darüber hinaus gibt es Basisbewegungen, die für die Belange der Erwerbslosen oder der Landlosen eintreten oder die Lebensbedingungen in ihrer jeweiligen Gemeinde konkret verbessern wollen. Abzugrenzen von diesen Bewegungen und Organisationen sind Aufstände (*riots*), die sich insbesondere in den armen Wohnvierteln gegen die schlechten Zustände vor Ort richten, die allerdings weniger koordiniert stattfinden (ebd.).

Auslöser vieler dieser Proteste war der Kampf um die Ausrichtung der südafrikanischen Wirtschaftspolitik. Mittlerweile sind sie darüber hinaus Ausdruck großer Unzufriedenheit innerhalb der südafrikanischen Bevölkerung und massiver Enttäuschungen mit der Regierung. Bereits nach den ersten Wahlen bildete sich in Südafrika eine besondere Regierungskonstruktion: die Dreier-Allianz zwischen dem ANC, der kommunistischen Partei Südafrikas (SACP) und der COSATU. Die SACP und COSATU als Gewerkschaftsverband treten nicht selbst bei den Wahlen an. Sie unterstützen den ANC allerdings finanziell und ideell, indem sie etwa ihre Mitglieder zur Wahl des ANC aufrufen und während der Regierungszeit eine strategische Allianz mit dem ANC bilden. Sowohl COSATU als auch die SACP hatten versprochen, sich als Teil der Regierung für die Umsetzung der „Freedom Charter“, die bis heute als offizielles Programm des ANC gilt, stark zu machen. Doch als das auf Basis der „Freedom Charter“ beschlossene Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm von 1994 bereits zwei Jahre später zugunsten einer neoliberalen Wachstumsstrategie „Growth, Employment and Redistribution“ verworfen wurde und die ökonomischen und sozialen Ungleichheiten größer wurden als zu Zeiten der Apartheid (Terreblanche 2002), wandten sich viele vormalige Unterstützer_innen der Allianz enttäuscht von ihr ab und setzten auf die außerparlamentarische Opposition. Das Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften verschlechterte sich zusehends. COSATU hatte im Jahr 2003 eine Resolution verabschiedet, welche die Zusammenarbeit mit allzu kritischen Bewegungen aufkündigt – auch um die Allianz zu festigen (COSATU 2003). Zwar näherten sich COSATU und die Bewegungen nach einem Zivilgesellschaftsgipfel in 2010 wieder an, Misstrauen auf beiden Seiten bestand allerdings weiterhin.

Marikana – Eine Zäsur für die südafrikanische Politik

Das „Massaker von Marikana“ im August 2012 hat diese Situation verändert. Bei einem Streik von Minenarbeitern wurden 44 Menschen erschossen, darunter 34 Minenarbeiter, die anderen Opfer waren Sicherheitskräfte und Polizisten. 70 Personen wurden darüber hinaus verletzt und über 250 Arbeiter verhaftet. Vorausgegangen war ein siebentägiger Streik, bei dem die Arbeiter – der Minensektor in Südafrika ist eine Männerdomäne – höhere Löhne erstreiten wollten. Am siebten Tag eröffnete die Polizei das Feuer auf die Demonstrierenden; dies ist durch Videoaufnahmen gut belegt. Diese zeigen, wie Polizisten mit Handfeuerwaffen in eine Gruppe unbewaffneter Demonstranten schossen. Anschließend ließen die Polizisten die toten und verwundeten Arbeiter hilflos liegen (eNews 2014). Einige starben vor laufender Kamera, einige Familie verfolgten den Todeskampf vor dem Fernseher mit. Zwar setzte die südafrikanische Regierung Ende 2012 die *Marikana Commission of Inquiry* ein. Die Kommission, die nach ihrem Vorsitzenden Ian Gordon Farlam auch „Farlam-Kommission“ genannt wird, sollte ihre Ergebnisse im April 2013 veröffentlichen, tagt jedoch immer noch.⁴ Beobachter_innen wie Benjamin Fogel, Autor des Magazins *Amandla!*, ziehen ein kritisches Fazit: „Eine Untersuchungskommission in Südafrika einzurichten scheint der einfachste Weg etwas zu verschleiern und die Zustimmung der Öffentlichkeit zu erhalten.“ (Fogel 2013) Fogel bezieht sich damit auch auf die Kritik, die viele Aktivist_innen nach wie vor an der Arbeit der Wahrheits- und Versöhnungskommission äußern, nämlich, dass die wahren Schuldigen nicht bestraft wurden und auch in diesem Fall mit einem blauen Auge davonkommen könnten.

Debatten über Marikana finden noch immer im ganzen Land statt. Mittlerweile sind mehrere Filme entstanden, die sich mit dem Ereignis auseinandersetzen. Einer der bekannteren Filme ist *Miners Shot Down* des südafrikanischen Regisseurs Rehad Dessai. Der Film trägt den Untertitel „South Africa Will Never Be The Same Again“. Seit dem Erscheinen wurde er insbesondere auch von sozialen Bewegungen und in den ärmeren Gemeinden Südafrikas gezeigt. Bei Gesprächen mit Aktivist_innen wird dabei deutlich, dass sie das Vorgehen des Staates als verändert empfinden. Dieses sei in den letzten Jahren immer repressiver und eskalierender geworden. Ein Aktivist berichtet, dass Polizist_innen selbst bei kleinen Kundgebungen aggressiv gegenüber Demonstrant_innen auftraten. Die Diskussion hat die Debatte um die Polizeigewalt in Südafrika erneut angeheizt, die in

4 Die Ergebnisse der Kommission werden unter <http://www.marikanacomm.org.za/> veröffentlicht und laufend aktualisiert, letzter Aufruf: 6. 6. 2014.

den letzten Jahren immer wieder kritisiert wurde. Marikana wird als trauriger Höhepunkt davon interpretiert. Das Vorgehen in Marikana erinnert viele an das brutale Vorgehen der Apartheidspolizei, was auch erklärt, warum sich selbst bei Treffen von Basisorganisationen in südafrikanischen Townships immer wieder Menschen auf das Massaker von Marikana beziehen. Solidarität mit den Opfern von Marikana und ihren Familien und die Kritik an Repressionen durch die Regierung vereint viele Gruppen. Der südafrikanische Soziologieprofessor Peter Alexander bezeichnet Marikana daher als „turning point“ in der Geschichte Südafrikas: „Das Massaker war ein *Bruch*, der zu einer Abfolge von weiteren *Ereignissen* führte, insbesondere einer massiven Streikwelle, die dabei ist, die *Strukturen* zu verändern, die das Leben der Menschen prägen.“ (Alexander 2013: 605, Hervorhebungen im Original) Marikana scheint aber auch die Gewerkschaften und die sozialen Bewegungen wieder stärker zusammen zu bringen.

Neue Rolle für die kritischen Gewerkschaften?

Innerhalb der Gewerkschaftsallianz hat Marikana zu massiven Konflikten geführt. Denn eigentlich waren die Arbeiter in Marikana in der *National Union of Mineworkers* (NUM) zusammengeschlossen, von der sie sich aber längst nicht mehr vertreten fühlten. Die Arbeiter wollten ohne die NUM höhere Löhne in den Minen erstreiten. Verschärft wurde der Konflikt durch das Auftreten der AMCU, der *Association of Mineworkers and Construction Union*, zu der viele Arbeiter übergelaufen waren (Fogel 2014). Nach dem Massaker hatte sich die NUM zurückhaltend über das Vorgehen der Polizei geäußert – und wurde daraufhin von anderen Mitgliedsgewerkschaften kritisiert. Mittlerweile ist der Konflikt innerhalb von COSATU kaum noch zu übersehen. Traditionell sprechen die in COSATU zusammengeschlossenen Gewerkschaften ihren Mitgliedern eine Wahlempfehlung für den ANC aus. Doch in diesem Jahr haben Teile von COSATU zum ersten Mal die Unterstützung verweigert. NUMSA kommt dabei eine bedeutende Rolle zu. NUMSA ist die größte Mitgliedsgewerkschaft in COSATU mit rund 340.000 Mitgliedern. In den letzten Monaten hat sie einen Bruch mit COSATU vollzogen. Grund waren Auseinandersetzungen um den Generalsekretär Zwelinzima Vavi. Er wurde beschuldigt, eine Mitarbeiterin vergewaltigt zu haben, und wurde daraufhin im August 2013 suspendiert. Ob die Vorwürfe zutreffen, ist bislang nicht umfassend geklärt worden. Doch NUMSA hatte gemeinsam mit acht anderen Gewerkschaften vor der Suspendierung eine umfassende Untersuchung und einen Kongress gefordert, in dem über die Zukunft Vavis abgestimmt werden sollte. Denn Vavi hatte sich in der Zeit

zuvor immer wieder kritisch gegenüber der Dreiparteien-Allianz geäußert und die vielen Korruptionfälle angeprangert. Vermutungen standen im Raum, dass der Vergewaltigungsvorwurf insbesondere vom ANC und aus Teilen von SAPC und COSATU benutzt wurde, um den unbequemen Vavi loszuwerden. Dass der South Gauteng High Court die Suspendierung ohne die demokratische Entscheidung in COSATU für „invalide, unrechtmäßig, gegen die Prinzipien der Legalität“ (High Court of South Africa 2014) erklärt hat, bestärkt NUMSA und die Unterstützer_innen.

Die Auseinandersetzungen um Vavi scheinen eher der Auslöser für den Bruch zwischen NUMSA und COSATU zu sein. Die dahinter stehende Kritik wurde beim „Special National Congress“, den NUMSA gemeinsam mit acht anderen Gewerkschaften und ohne die Zustimmung von COSATU im Dezember letzten Jahres durchführte, deutlich. Dort formulierten die Delegierten eine deutliche Kritik an Jacob Zuma und der Regierung. In den Resolutionen heißt es, die Dreiparteien-Allianz sei „dysfunktional, in einer Krise und paralysiert“ und habe in ihrem Plan versagt, Menschen mit einer Grundversorgung und Dienstleistungen wie Zugang zu Häusern, Wasser und Elektrizität auszustatten. Die gemeinsame Übereinkunft in der „Freedom Charter“ – welche bereits 1955 von Mitgliedern des ANC verfasst wurde und grundsätzliche Forderungen nach dem Ende der Apartheid und Versprechen wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit für alle Südafrikaner_innen, aber auch das Recht auf menschenwürdiges Wohnen beinhaltete – sei durch „rechtsgerichtete und neoliberale Politiken wie den Nationalen Entwicklungsplan“ verworfen worden. Auch die SACP, die kommunistische Partei, wird in den Dokumenten für ihre Unterstützung des ANC kritisiert, insbesondere für die Zustimmung bei den wirtschaftsfreundlichen Reformen. Die Delegierten fordern darüber hinaus den Austritt von COSATU aus der Regierungallianz. NUMSA hatte der Regierung bei den diesjährigen Wahlen die Unterstützung bereits versagt: Finanzielle Unterstützung im Wahlkampf gab es nicht, Mitglieder von NUMSA, welche den ANC bei der Wahlkampagne unterstützen wollten, mussten dies in ihrer Freizeit tun. Zudem hat NUMSA keinen Wahlauftrag an die Basis geschickt, sondern ihren Mitgliedern nahe gelegt, für eine Partei ihrer Wahl zu stimmen. Als wirkliche Kampfansage an den ANC kann aber die Ankündigung von NUMSA verstanden werden, eine „sozialistische Bewegung“ und eine „United Front“ aufzubauen. Ausgehend von Entwicklungen sozialistischer Bewegungen in Brasilien, Venezuela, Bolivien und Griechenland sollen die Chancen für den Aufbau einer Bewegung in Südafrika diskutiert werden. Langfristig soll eine breite Massenbewegung entstehen, welche die unterschiedlichen

Kämpfe der verschiedenen Akteur_innen in Südafrika zusammenführt und koordiniert (NUMSA 2013).⁵

Ausblick: Eine neue Bewegung?

Seit dem Bruch in der Allianz sucht NUMSA daher verstärkt das Gespräch mit Vertreter_innen von sozialen Bewegungen in Südafrika. Im Januar hat die Metallarbeitergewerkschaft eine „Resistance Expo“ organisiert. 147 Organisationen aus über einem Dutzend verschiedenen sozialen Bewegungen – von Arbeitslosen- über Jugendorganisationen, Migrations- und Flüchtlingsbewegungen, Gleichstellungsbewegungen, Wohnungslosenbewegungen bis hin zu solchen, die sich mit solidarischer Ökonomie oder Umweltfragen beschäftigen – waren eingeladen (NUMSA 2014). In den nächsten Monaten sind weitere Workshops sowie strategische und thematische Treffen geplant, um gemeinsame Positionen und Strategien zu erarbeiten. Vertreter_innen von NUMSA haben darüber hinaus verschiedene Gelegenheiten genutzt, um mit Basisorganisationen in Kontakt zu kommen: Sie besuchen Townships – wo sich Teile des ANC schon seit Jahren nicht mehr blicken lassen – oder gehen gezielt auf Basisorganisationen zu, um mit diesen über die Bedürfnisse vor Ort zu sprechen. Zudem hatte die Gewerkschaft zu einer Demonstration gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit im Land aufgerufen. Am 19. 3. 2014 beteiligten sich in den Städten Durban, Johannesburg, Kapstadt, Bloemfontein und Pretoria mehrere Tausend Menschen an Demonstrationen. Hierzu hatten auch die sozialen Bewegungen aufgerufen. Unter anderem hatte NUMSA in Zusammenarbeit mit den Bewegungen vor Ort Busse organisiert, um insbesondere Menschen aus den Townships zu den Demonstrationen zu bringen.

Von großen Teilen der sozialen Bewegungen wird die Ankündigung zum Aufbau der sozialistischen Bewegung begrüßt, euphorisch sprach die Zeitschrift *Amandla!* vom „NUMSA-Moment“ auf ihrem Titelbild, in Anlehnung an den „Durban Moment“ von 1985, der zur Gründung von COSATU und einer Veränderung in der Gewerkschaftsbewegung führte (Amandla! 2014). Es gibt aber auch kritische Stimmen von Aktivist_innen, die befürchten, dass die Forderungen der Gewerkschaften in einer sozialistischen Bewegung oder einer „United Front“ erneut überrepräsentiert sein könnten. Sie beobachten die Aussagen von NUMSA-Generalsekretär Irving Jim oder die von Dinga Sikbewu, der damit beauftragt wurde, die

5 Alle Zitate aus Resolutionen des *NUMSA National Congress* im Dezember 2013 finden sich im Original unter <http://www.numsa.org.za/article/resolutions-adopted-numsa-special-national-congress-december-16-20-2013/>, letzter Aufruf: 6. 6. 2014.

„United Front“ zu koordinieren, sehr genau und fordern gleichberechtigte politische Mitbestimmung für Gruppen wie Arbeitslose, Landlose oder Wohnungslose. Zwar sind große Teile der sozialen Bewegungen in Südafrika eher optimistisch, was die Zusammenarbeit mit NUMSA angeht, einige Gruppen reagieren aber verhalten. Dazu gehört die Sektion der *shack dwellers* in Durban. Sie hatten ihre Mitglieder einige Tage vor den Wahlen dazu aufgerufen, für die *Democratic Alliance* (DA) zu stimmen, die wirtschaftsliberale Partei mit mehrheitlich weißer Wählerschicht. Die Wahlunterstützung war mit der Forderung an die DA verbunden, sich für die Sicherheit der *shack dwellers* in Durban einzusetzen. In den letzten Jahren war es in Durban immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Mitgliedern von Abahlali und der Polizei, aber auch zu Auseinandersetzungen mit der Jugendorganisation des ANC gekommen. In einer Erklärung erläuterte die Sektion von Abahlali ihre Entscheidung und richtete darin auch kritische Worte an die NUMSA:

„Die NUMSA hat uns darum gebeten ihre Demonstration in Durban zu unterstützen, hat aber kein Interesse daran gezeigt uns zu unterstützen, wenn wir Repressionen ausgesetzt waren. Die EFF hat uns ebenfalls darum gebeten, ihre Demonstration in Durban zu unterstützen, hat uns aber auch nicht unterstützt, wenn wir Repressionen ausgesetzt waren. Unsere Erfahrung mit diesen Organisationen ist bislang, dass sie agieren wie die linken NGOs – wir werden behandelt als sei es unsere Aufgabe, eine große Anzahl von Menschen zu liefern, die dann in Bussen angefahren werden, um deren Politik zu legitimieren.“ (Abahlali 2014)

Auch wenn die Kritik an NUMSA hart und ablehnend erscheint, kann sie als Versuch der *shack dwellers* interpretiert werden, die Gewerkschaft stärker in die Pflicht zu nehmen. Sie ist darüber hinaus ein Ausdruck des Selbstbewusstseins, das Abahlali, aber auch viele andere soziale Bewegungen in den letzten Jahren entwickelt haben und welches zu einer kritischen Auseinandersetzung mit politischen Entscheidungsträger_innen führt. Darin wird deutlich, dass die sozialen Bewegungen ein politisches Mitspracherecht fordern, Akteure wie die EFF und NUMSA als politische Organisationen ernst nehmen.

NUMSA möchte bis Ende 2015 ein öffentliches Fazit über die Entwicklung der Gründung einer sozialistischen Bewegung und „United Front“ ziehen. Dazu gehört nicht nur der politische Dialog mit Vertreter_innen der sozialistischen Bewegungen im Ausland (etwa in Brasilien oder Ecuador), sondern insbesondere auch die Zusammenarbeit mit Bewegungen und der Bevölkerung vor Ort. NUMSA-Vertreter_innen nehmen derzeit so gut wie jede Gelegenheit wahr, in Kontakt mit den sozialen Bewegungen zu

kommen. Sie informieren sich vor Ort bei Treffen von Basisorganisationen in den Townships über die Bedürfnisse und Forderungen der Gruppierungen. In jedem Fall haben die Metallarbeiter Bewegung in das politische System Südafrikas gebracht. Wie sich der Aufbau der sozialistischen Bewegung und der „United Front“ in den nächsten Jahren entwickeln wird und ob daraus langfristig auch eine neue Partei entstehen könnte, wie viele hoffen, bleibt abzuwarten.

Literatur

- Abahlali (2014): *The ANC must be Removed from Office*. Pressemeldung vom 6. 5. 2014, <http://abahlali.org/node/13681/>, letzter Aufruf: 23. 6. 2014.
- Alexander, Peter (2010): „Rebellion of the Poor: South Africa’s Service Delivery Protests – A Preliminary Analysis“. In: *Review of African Political Economy*, Bd. 37, Nr. 123, S. 25-40.
- Alexander, Peter (2013): „Marikana, Turning Point in South African History“. In: *Review of African Political Economy*, Bd. 40, Nr. 138, S. 605-619.
- Amandla! (2014): *The NUMSA Moment*, Nr. 33, März/April. http://www.amandla.org.za/phocadownload/latest_issue/amandla_issue_33.pdf, letzter Aufruf: 24. 6. 2014.
- Atuahene, Bernadette (2011): „South Africa’s Land Reform Crisis. Eliminating the Legacy of Apartheid“. In: *Foreign Affairs*, Bd. 90, Nr. 4, Juli/August 2011, auch online unter: <http://www.foreignaffairs.com/articles/67905/bernadette-atuahene/south-africas-land-reform-crisis>, letzter Aufruf: 6. 6. 2014.
- Ballard, Richard; Adam Habib & Imraam Valodia, Imraam (2006): *Voices of Protest. Social Movements in Post-Apartheid South Africa*. Scottsville.
- COSATU – Congress of South African Trade Unions (2003): „On Emerging Social Movements“. In: *Resolutions of the COSATU 8th National Congress*, S. 4-6, <http://www.cosatu.org.za/docs/resolutions/2003/resolutions8th.pdf>, letzter Aufruf: 6. 6. 2014.
- eNews (2014): *The Marikana Massacre. Through the Lens*. Dokumentationsvideo beim eNews Channel South Africa, <http://www.enca.com/coverage/marikana>, letzter Aufruf: 6. 6. 2014.
- Fogel, Benjamin (2013): „Marikana – One Year Later“. In: *Amandla!*, Nr. 32, Oktober/November.
- Fogel, Benjamin (2014): „Bruch in der Gewerkschaft und mit dem ANC“. In: *Afrika Süd. Zeitschrift zum südlichen Afrika*, Bd. 43, Nr. 2, März/April.
- Forde, Fiona (2014): „Kasrils: ANC has no Moral Cause“. In: *IOLnews*, <http://www.iol.co.za/news/politics/kasrils-anc-has-no-moral-cause-1.1686419#.U5A6lygue3o>, letzter Aufruf: 6. 6. 2014
- IDEA – International Institute for Democracy and Electoral Assistance (2014): *Voter Turnout Data for South Africa*. <http://www.idea.int/vt/countryview.cfm?CountryCode=ZA>, letzter Aufruf: 6. 6. 2014.
- Müller, Melanie (2014): *Der Weg zur neuen Partei ist noch weit*. Standpunkte 10/2014, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Nkandla Report (2014): *Secure in Comfort*. Report No. 25 of 2013/14, http://www.pprotect.org/library/investigation_report/2013-14/Final%20Report%2019%20March%202014%20.pdf, letzter Aufruf: 24. 6. 2014.
- NUMSA – National Union of Metalworkers of South Africa (2013): *Resolutions adopted at Numsa Special National Congress*. <http://www.numsa.org.za/article/resolutions-adopted-numsa-special-national-congress-december-16-20-2013/>, letzter Aufruf: 6. 6. 2014.

- NUMSA – National Union of Metalworkers of South Africa (2014): *NUMSA Convenes a National Political School to Take Forward its Special National Congress Resolutions*. <http://www.numsa.org.za/article/media-invitation-numsa-convenes-national-political-school-take-forward-special-national-congress-resolutions-sunday-26-jan-2014-sunday-02-february-2014/>, letzter Aufruf: 6. 6. 2014.
- High Court of South Africa (2014): *In the High Court of South Africa Gauteng Local Division. Case Nr. 32567/13*. <http://www.saflii.org/za/cases/ZAGPJHC/2014/59.pdf>, letzter Aufruf: 23. 6. 2014.
- Terreblanche, Sampie (2002): *A History of Inequality in South Africa 1652-2002*. Scottsville.

Anschrift der Autorin:

Melanie Müller

mueller@ztg.tu-berlin.de